

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

# Politischer Protest und Radikalisierung

Edgar Grande, Sophia Hunger, Swen Hutter, Eylem Kanol,  
Ruud Koopmans, Daniel Saldiviá Gonzatti, Teresa Völker

AUF-  
WACHEN

Phänomenmonitoring

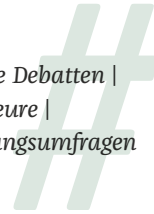


## Zusammenfassung

Ziel des vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführten Teilvorhabens ist das systematische Monitoring der deutschen Protestlandschaft und deren Rolle bei der politischen Radikalisierung. Das WZB Protestmonitoring erforscht die zeitlichen und räumlichen Zusammenhänge des Protestgeschehens, die diskursiven Gelegenheitsstrukturen von Protest und Radikalisierung sowie die Radikalisierungsverläufe von individuellen Protestakteur\*innen. In diesem Jahr werfen wir dabei einen besonderen Blick auf Radikalisierungsdynamiken in Straßenprotesten – im Hinblick auf die neu entstandenen Corona-Proteste und darüber hinaus in bestehenden Protestbewegungen. Unsere Untersuchung, die auf einer medienbasierten Protestereignisanalyse beruht, zeigt auch in den Jahren 2020 und 2021 ein aktives Protestgeschehen in Deutschland, bei dem weiterhin die Straße Schauplatz gesellschaftlicher und politischer Konflikte war. Dabei finden wir auch Evidenz von Radikalisierung innerhalb der Corona-Proteste, aber auch bei Protesten zu Themen wie Migration wie auch eine Intensivierung der links- und rechtsradikalen Mobilisierung. Flankiert wird unsere Untersuchung durch zwei Studien zum Gefährdungspotenzial islamistischer und rechtsradikaler Strömungen basierend auf Medien- und Biografieanalysen. Dabei blicken wir sowohl auf individuelle Radikalisierungsprozesse als auch auf mediale Aushandlungen in den beiden Phänomenbereichen. Die öffentlichen Debatten unterscheiden sich nach Terroranschlägen je nach Phänomenbereich: Es findet eine auf Einzeltäter reduzierte Darstellung im Fall von rechts-extremistischer Gewalt und die Generalisierung der Bedrohung durch die Gruppe der Muslim\*innen im Kontext von islamistischer Gewalt statt. Im Gegensatz dazu zeigt unsere Akteur\*innen-Analyse, dass das soziale Umfeld sowohl bei islamistischen als auch bei rechtsextremistischen Individuen ein zentraler Radikalisierungsfaktor sind. Dazu spielt für den weiteren Radikalisierungsverlauf die Einbindung in Organisationen und Vereine eine zentrale Rolle.

## Stichworte

*Radikalisierung | Proteste | Corona | PEA | öffentliche Debatten |  
Islamismus | Rechtsextremismus | Protestakteure |  
quantitative Inhaltsanalyse von Zeitungen | Bevölkerungsumfragen*



## Corona und die deutsche Protestlandschaft

Proteste sind ein elementarer Teil von politischer Auseinandersetzung in modernen demokratischen Systemen. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie war diese Art der politischen Missfallensbekundung jedoch eingeschränkt, zum einen institutionell, also durch die geltenden „Hygienemaßnahmen“, zum anderen aber auch durch praktische Umsetzbarkeit, ohne die Teilnehmenden eines Protestes in Gefahr zu bringen (Bloem/Salemi 2021). Gleichzeitig lösten die Pandemie und der politische Umgang damit Unmut in Teilen der deutschen Bevölkerung aus und neue Protestbewegungen entstanden (Grande et al. 2021).

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über das Protestgeschehen in Deutschland in den Pandemie Jahren 2020 und 2021. Dabei gehen wir auf folgende Fragen ein: Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf das Protestgeschehen in Deutschland? Wie gingen bestehende Protestbewegungen mit der Pandemie um? Welche neuen Akteur\*innen und Bewegungen entstanden als Reaktion auf die Pandemie und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung?

Unsere Gesamtschau des deutschen Protestgeschehens baut auf die von uns erhobenen Daten des MOTRA-WZB Protestmonitorings auf. Zunächst gehen wir kurz auf die Erhebungsmethoden und Quellen dieser Datensammlung ein, bevor wir ausgewählte Ergebnisse präsentieren. Wir beginnen mit einer breiten Perspektive, die die generellen Dynamiken auf den deutschen Straßen aufzeigt, diese in den Kontext der letzten Jahre setzt und Phasen von hoher Protestaktivität einordnet und diskutiert. Im Anschluss zeigen wir, wann und wo wir Radikalisierungsdynamiken im Protestgeschehen in den Pandemie Jahren feststellen. Diese Radikalisierung in Protestformen ordnen wir daraufhin näher ein und beleuchten, welche Phänomenbereiche und Themenfelder hier ausschlaggebend sind.

*Das WZB Protestmonitoring als Protestereignisanalyse (PEA)*

Die Protestereignisanalyse (PEA) ist eine etablierte Methode der Sozial- und Politikwissenschaften, die einzelne Protest-Events erfasst und sich optimal zur Erfassung von Protestdynamiken sowie zur Charakterisierung und zum Vergleich einzelner Protestereignisse eignet. Diese Dynamiken und eine mögliche Radikalisierung auf der Straße kann sowohl in der geografischen und zeitlichen Breite als auch inhaltlichen Tiefe erfasst werden (vgl. Koopmans/Rucht 2002; Hutter 2014). Dabei werden Proteste als kollektive Aktionen von nicht staatlichen Akteuren\*innen definiert, die Widerspruch zusammen mit einem gesellschaftlich-politisches Ziel äußern (Rucht et al. 1992, 4).

Unsere Datenerhebung im Sinne eines kontinuierlichen Protestmonitorings für diesen Jahresbericht beginnt im Jahr 2020. Für die Ereignissammlung eignen sich überregionale Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung, Die WELT, taz) als bevorzugte Quellen, die trotz ihrer selektiven Berichterstattung reliable Informationen für vergleichende Analysen von Protestdynamiken anbieten (Earl et al. 2004; Ortiz et al. 2005). Die aktuelle Datenerhebung basiert auf der Gesamtpopulation aller Artikel, die in den Jahren 2020 und 2021 in der Süddeutschen Zeitung erschienen sind. Ihre Gesamtzahl beläuft sich auf 86.465 Artikel. Der erste Schritt – die Vorselektion in relevante Artikel, die Protestereignisse enthalten, und solche, die das nicht tun – geschieht in unserem Projekt auf Basis von aktuellsten automatisierten Verfahren, wie etwa maschinellem Lernen (von Naïve Bayes-Algorithmen bis zu Transformer-Klassifizierungen), in Kombination mit etablierten Schlagwortlisten (siehe Kriesi et al. 2020; Weidmann/Rød 2019; Zhang/Pang 2019). Nach dieser Vorselektion von relevanten Artikeln werden diese im Anschluss von eigens geschulten Kodierer\*innen gesichtet. Artikel, die relevante Protestereignisse enthalten, werden schließlich manuell kodiert. Dabei werden unter anderem Informationen zu Zeit, Ort, Akteur\*innen, Adressat\*innen, Protestform und -forderungen erhoben. Unter anderem unterscheiden wir unterschiedliche Protestformen, um Radikalisierung im Aktionsrepertoire zu untersuchen. So differenzieren wir zwischen appellativen (Petitionen), demonstrativen (Demonstrationen und Kundgebungen), konfrontativen (Blockaden und Besetzungen) und gewaltförmigen (politisch motivierte Anschläge und schwerwiegende Sachbeschädigung) Formen des Protests.

*Zeitliche Dynamiken in der Protestlandschaft:  
tiefgreifender Einschnitt oder schnelle Erholung?*

Selten wurden Straßenproteste in modernen Demokratien so stark eingeschränkt wie durch die Kontaktbeschränkungen und die Lockdowns während der Corona-Pandemie. Dennoch brach das Protestgeschehen in Deutschland nur sehr kurzfristig ein. Wie eingangs bereits beschrieben, erlauben die Daten, die im Rahmen des MOTRA-Protestmonitorings erhoben wurden, Aufschluss über die Entwicklung von Protesten in Deutschland in den zwei Jahren seit Beginn der Pandemie. Dabei widmen wir uns vor allem Fragen wie: Wie drastisch haben sich die Einschränkungen auf das Protestgeschehen ausgewirkt? Welche Akteur\*innen konnten sich in der pandemischen Phase Gehör verschaffen? Haben die besonderen Rahmenbedingungen, die größere Demonstrationen und Kundgebungen einschränkten, zu kleineren, radikaleren Protesten geführt? Und: Konnte die – in Reaktion auf die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung entstandene – „Querdenken“-Bewegung den Straßenprotest in Deutschland dominieren? Oder schafften etabliertere Protestbewegungen die Anpassung an die pandemische Lage?

Einen ersten Eindruck von der Entwicklung des Protestgeschehens in den ersten zwei Jahren der Pandemie gibt Grafik 1. Dabei unterscheiden wir zwischen Protestereignissen mit Bezug zur Pandemie und Protesten, die sich anderen Themen und Forderungen widmen. Die obere Linie der Grafik gibt die absoluten Zahlen des Gesamtauftretens von Protest pro Monat an. Die farbliche Unterscheidung ermöglicht es, den jeweiligen Anteil an Corona-Protesten (grün) und Protesten zu anderen Themen (lila) zu erkennen. Der Blick auf die absoluten Zahlen verrät: Im Vergleich zur langfristigen Entwicklung des Protestgeschehens in den 1980er und 1990er Jahren, basierend auf dem Prodat-Datensatz, handelt es sich bei den Jahren 2020 und 2021 nicht um Jahre mit außergewöhnlich vielen Protesten, sondern eher um ein durchschnittliches bis unterdurchschnittliches Protestaufkommen. Das Prodat-Projekt (Rucht et al 1992), welches ein Protestmonitoring für Deutschland von 1950 bis zur Jahrtausendwende umsetzte, wird in den nächsten Jahren im Zuge des WZB Protestmonitorings erweitert, die Lücke zurück bis ins Jahr 2000 wird geschlossen. Somit erlaubt unsere Datensammlung in Kombination mit dem Prodat-Datensatz eine Gesamtschau des deutschen Protestgeschehens seit dem Zweiten Weltkrieg.



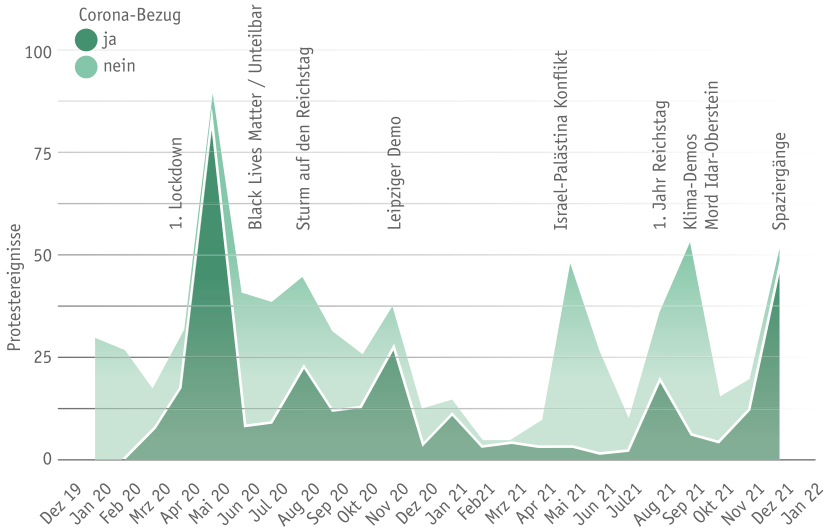


Abbildung 1: Proteste mit und ohne Corona-Bezug im Vergleich, 2020–2021

Zu Beginn der Pandemie setzten Einschränkungen der Versammlungsfreiheit dem klassischen Straßenprotest plötzlich, in vielen Ländern allerdings nur kurz, ein Ende (Bloem/Salemi 2021). Darüber hinaus zwangen Ausgangssperren und Auflagen wie Abstandsregelungen und das Tragen von Gesichtsmasken die Protestakteur\*innen, ihr Aktionsrepertoire entsprechend anzupassen (zum Beispiel: Kowalewski 2020; Pinckney/Rivers 2020; Pleyers 2020; Zajak et al. 2021).

Über das Ausmaß und die Art der Proteste während der Coronavirus-Pandemie liegen nur wenige Daten vor. Auf der Grundlage von Umfragedaten zeigen Borbáth et al. (2021), dass etwa zehn Prozent der Befragten in sieben europäischen Ländern angaben, in der Frühphase der Pandemie mindestens einmal an einer Demonstration teilgenommen zu haben, ein Wert, der mit dem der Vorjahre vergleichbar ist. In ähnlicher Weise berichten Kriesi und Oana (2022) in ihrer Studie über 31 europäische Länder von einem drastischen Rückgang der Zahl der Protestveranstaltungen und Teilnehmer\*innen im Frühjahr 2020. Zwar stieg die Zahl der Proteste danach wieder an, doch blieb die durchschnittliche Zahl der Veranstaltungen und insbesondere die Zahl der Teilnehmer\*innen 2020 niedriger als 2019.

Nach einem anfänglichen Einbruch von Protest auf deutschen Straßen, der so in vielen Ländern feststellbar war (Kriesi/Oana 2022; Salemi/Bloehm 2020), zeigte sich aber, dass die Protestlandschaft keinesfalls verwaist war.

Corona-Proteste waren in beiden Jahren maßgeblich für das Protestgeschehen auf deutschen Straßen, insgesamt machten Proteste mit einem direkten Bezug zur Pandemie fast 43 Prozent aller von uns erfassten Protestereignisse aus. Vor allem im Jahr 2020 waren diese Corona-Proteste mit circa der Hälfte der Proteste stark dominant, während sie im Jahr 2021 nur noch knapp mehr als ein Drittel (38 Prozent) ausmachten. Im ersten Pandemiejahr finden sich Corona-Proteste vor allem während des ersten Lockdowns (April-Juni 2020) und ab dem Herbst und während des zweiten Lockdowns (September 2020–März 2021). Im Sommer dieses Jahres hingegen zeichnete sich eine weniger intensive Protestaktivität mit Corona-Bezug ab, allerdings fällt in diesen Zeitraum auch der medial bekannte sogenannte „Sturm auf den Reichstag“ Ende August. Diese drei Corona-Protestwellen unterscheiden sich in Bezug auf ihre inhaltlichen Forderungen: Die erste Mobilisierungswelle bis zum Sommer 2020 war stark von Forderungen zu ökonomischen Hilfen und Solidaritätsbekundungen geprägt, zum Beispiel zu Gesundheitsstandards der Tönnies-Mitarbeiter\*innen in Ostwestfalen oder zu Bildungsthemen im Rahmen der Schulschließungen. Im Laufe des Jahres 2020 wandelten sich die Themen der Corona-Protestforderungen in Richtung einer kompletten Ablehnung der Maßnahmen, zum Beispiel gegen Lockdowns und das verpflichtende Tragen einer Maske, und einer Infragestellung des politischen Systems der repräsentativen Demokratie. Diese Proteste gingen oft auch mit einem stark systemkritischen Auftreten der „Querdenken“-Bewegung einher, die Corona als Verschwörung ansah, eine sogenannte Corona-Diktatur proklamierte oder die Bundesregierung zur Abtretung aufforderte. Die bekannte Leipziger Demonstration von November 2020 steht stellvertretend für die Radikalisierung und Homogenisierung der Protestthemen und für die Dominanz radikalerer Protestformen, vor allem konfrontativer Natur. Im Jahr 2021 haben die Anti-Corona-Proteste ihre Vorrangstellung auf den Straßen verloren. Lediglich im Kontext vom ersten Jahrestag des Sturms auf den Reichstag und ab dem Herbst 2021 eroberte die Mobilisierung gegen Corona-Maßnahmen wieder den öffentlichen Raum. Insbesondere ab November 2021 fanden viele Ereignisse im Zusammenhang mit der Erneuerung im Aktionsrepertoire der Corona-Demonstrierenden

statt: die sogenannten Spaziergänge, die organisatorisch und geografisch stark fragmentiert waren.

Wie Grafik 1 ebenfalls zeigt, fanden dennoch auch viele Protestaktionen zu anderen Themen abseits von Corona während der Pandemie statt. Im Frühling und Sommer 2020 dominierten diese anderen Themen sogar die Protestarena. Vor allem im Juli fanden anti-rassistische Demonstrationen im Kontext von „Black Lives Matter“ sowie dem Mord an George Floyd in den USA und Solidaritätsbewegungen mit „Pro Asyl“-Forderungen in Bezug auf das Geflüchtetenlager auf Moria, zum Beispiel organisiert vom Bündnis „Unteilbar“, statt. In der zweiten Jahreshälfte 2020 bis zum Ende des dritten Lockdowns im April 2021 verloren solche Protestereignisse zu anderen gesellschaftlichen Themen über Corona hinaus an Schwung. Erst im Mai 2021 erwacht die Protestlandschaft wieder: Die Demonstrationen zum Israel-Palästina-Konflikt prägten das Geschehen. Diese Phase war wiederum in Teilen mit radikalen Inhalten verbunden, zum Beispiel mit Antisemitismus. Die letzte starke Protestwelle zu nicht pandemischen Themen erfolgt kurz vor der Bundestagswahl Ende September, sichtbar durch den Spitzenwert in Grafik 1. In erster Linie handelte es sich um eine Hochphase der Umweltmobilisierung, die trotz der Einschränkungen durch die Pandemie in den zwei Jahren unserer Beobachtung immer aktiv blieb. Diese Phase war charakterisiert durch den Klima-Hungerstreik im Berliner Regierungsviertel, die Reihe an Demonstrationen und Blockaden gegen die Internationale Automobil-Ausstellung in München und die Klimastreiks der „Fridays for Future“-Bewegung. Nach der Wahl nahm die Protestaktivierung ohne Corona-Bezug wieder ab.

Diese Verteilung von Corona-Protesten und Protesten zu anderen Themen spiegelt sich auch in der Teilnehmer\*innen-Zahl der Protestereignisse wider. Im Jahr 2020 betrafen die größten Proteste die Corona-Maßnahmen: Eine überwältigende Mehrheit der Protestteilnehmer\*innen auf deutschen Straßen wurde im Zusammenhang mit Corona-Protesten mobilisiert. Dies lässt sich auch mit der Vorsicht der bestehenden Protestbewegungen im Umgang mit der Pandemie und mit deren Fokus auf die Einhaltung der Corona-Maßnahmen erklären. Einzig die Proteste rund um „Black Lives Matter“ und „Unteilbar“ können in ihrer Größe mit den Corona-Protesten konkurrieren. Im darauffolgenden Jahr ändert sich diese Balance jedoch deutlich: Im Frühling waren die Proteste rund um den



Israel-Palästina-Konflikt am teilnehmer\*innenstärksten, im Herbst machten diverse Proteste vor der Bundestagswahl, unter anderem der Klimastreik, einen Großteil der Protestierenden aus.

Doch wie hängen diese Fluktuationen im deutschen Protestgeschehen mit Radikalisierungsdynamiken zusammen? Radikalisierung verstehen wir im Sinne der Nutzung konfrontativer oder gewaltförmiger Protestformen. Grafik 2 zeigt daher die Entwicklung von verschiedenen Protestformen über Zeit. Dabei ordnen wir unsere detaillierten Kodierungen Oberkategorien zu: demonstrative Proteste, wie beispielsweise Demonstrationen, Kundgebungen oder Mahnwachen; konfrontative Proteste, wie zum Beispiel die Besetzungen von Straßen und Plätzen, nicht genehmigte Protest-Camps, oder auch Farbbeutel-Anschläge auf Gebäude und Personen. Die finale Kategorie subsumiert alle Arten von gewaltförmigen Protesten und politischer Gewalt, diese reichen von (schwerwiegender) Sachbeschädigung über tätliche Angriffe zu (versuchtem) Mord und Terroranschlägen.

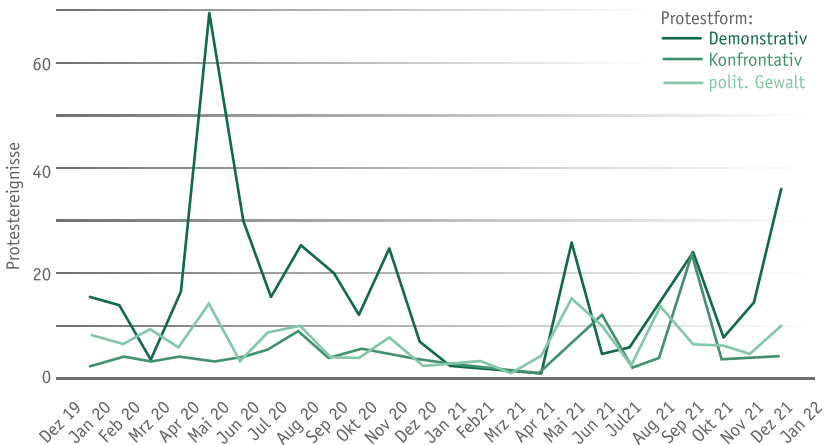


Abbildung 2: Entwicklung von Protestformen über Zeit

Die Resultate unserer Protestereignisanalyse zeigen wie zu erwarten, dass demonstrative Proteste, das heißt Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und dergleichen, den größten Teil der deutschen Protestlandschaft ausmachen. Im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Corona-Pandemie

in Deutschland, beläuft sich ihr Anteil an allen Protesten auf fast 60 Prozent. Dennoch spielt radikaler Protest mit konfrontativen (12 Prozent) und gewaltförmigen (19 Prozent) Protestformen eine nicht triviale Rolle im deutschen Protestgeschehen. Im Jahr 2021 stellen wir im Vergleich zum Vorjahr eine relative Radikalisierung auf den deutschen Straßen fest: Der Anteil von demonstrativen Protesten fällt auf etwas weniger als die Hälfte ab, wohingegen konfrontative und gewaltförmige Proteste proportional zunehmen. Besonders deutlich ist der Anstieg im Frühling und Spätsommer des Jahres 2021. Doch welche Themenfelder treiben diese Radikalisierungsdynamiken voran? Im nächsten Abschnitt zeigen wir, welche Phänomenbereiche und Themenfelder in den Jahren 2020 und 2021 besonders stark vertreten waren und wo wir Radikalisierungsdynamiken feststellen können.

*Radikalisierung auf der Straße:  
Themenfelder, Akteur\*innen und Protestformen*

Um die Gesamtschau auf die Protest- und Radikalisierungsdynamiken zu komplementieren, gehen wir als nächstes auf die Themenfelder und Phänomenbereiche ein, die in den Jahren 2020 und 2021 auf der Straße dominant waren. Diese erlauben es uns, die Proteste zu Corona mit anderem Protestgeschehen zu vergleichen, etwa im Hinblick auf Radikalisierung, Aktionsformen und beteiligten Akteur\*innen. Grafik 3 bildet daher die Verteilung der Themen, zu denen protestiert wurde, im Vergleich für die Jahre 2020 und 2021 ab.

Themen, die eine geringere Rolle in Protesten spielten, sind in der Grafik unter Sonstiges zusammengefasst. Diese Proteste zu sonstigen Themen schließen beispielsweise Mobilisierung zu Landwirtschaft, Menschenrechten und Frieden in anderen Ländern, zum Beispiel Belarus, sowie zur Gleichstellung und Diskriminierung von Frauen und LGBTQAI\* ein. Auch Proteste zu den Themen Wohlfahrt und Soziales, die traditionell einen erheblichen Teil des deutschen Protestgeschehens ausmachen, sind ohne Themenbezug zur Pandemie kaum auf der Straße vertreten. Proteste, die wir unter der Oberkategorie Demokratie und Institutionen subsumieren, machen in beiden Jahren etwa sieben Prozent aller Protestereignisse aus. Darunter fallen Proteste, die das politische System oder einzelne Teile davon betreffen. Konkret beinhaltet dies Protestereignisse, die zum Beispiel die

Aufklärung bestimmter rassistischer Straftaten fordern, Bestrafung von politischen Aktivist\*innen betreffen oder sich gegen Polizeigewalt richten. In der nachfolgenden Diskussion beleuchten wir zunächst Akteur\*innen und Radikalisierung der Corona-Proteste, bevor wir auf die wichtigsten anderen Protestthemen wie auch auf die Radikalisierungstendenzen dieser einzelnen Themenblöcke eingehen.

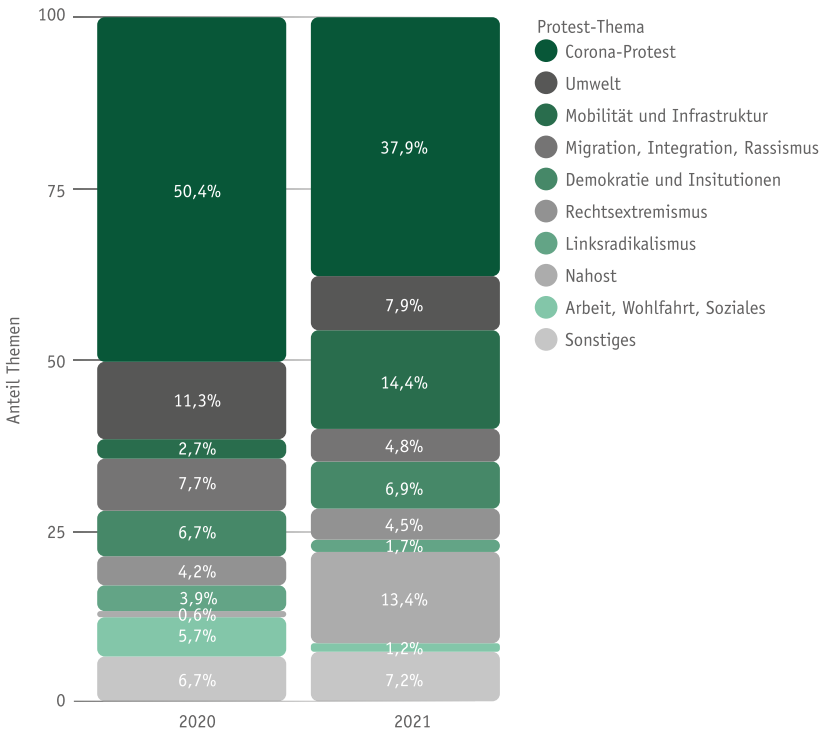


Abbildung 3: Relativer Anteil von Protestthemen nach Jahren

Die Corona-Proteste, deren zeitliche Entwicklung oben bereits beschrieben wurde, schienen für Sicherheitsbehörden, Medien und Politik zu Beginn gleichermaßen schwer greifbar. Die Demonstrationen schienen diffus und konnten nicht nach etablierten ideologischen Kriterien eingeordnet werden. Die Teilnehmer\*innen waren sehr heterogen, sie bildeten eine Allianz aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Gandhi-Banner

wehten neben Reichskriegsflaggen, Trommeltänze wurden neben Verschwörungstheorien dargeboten. Doch nicht nur der sogenannte Sturm auf den Reichstag änderte den gesamtgesellschaftlichen Blick auf die Proteste: Zunehmend gewannen radikale Akteur\*innen an Sichtbarkeit, ziviler Ungehorsam nahm zu. Es häuften sich Angriffe auf Polizist\*innen und Vertreter\*innen der Medien, Politiker\*innen sahen sich ernsthaften Bedrohungen von Leib und Leben ausgesetzt – vor dem Haus von Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping zum Beispiel fand ein Fackelmarsch statt, eine geplante Entführung des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach konnte vereitelt werden. Diese Entwicklungen spiegeln auch unsere Daten deutlich: Der Anteil an konfrontativen und gewaltförmigen Protesten stieg über Zeit stark an.

Die Corona-Proteste markieren auch einen generellen Trend zu weniger institutionalisierten Akteur\*innen in der deutschen Protestlandschaft. Hier spielt vor allem die „Querdenken“-Bewegung eine große Rolle. Nach dem sogenannten Sturm auf den Reichstag wurde sichtbar, dass in Corona-Protesten radikalere Akteur\*innen wie die rechtsextremen Reichsbürger\*innen und Unterstützer\*innen der „QAnon“-Szene in der deutschen Anti-Containment-Bewegung an Bedeutung gewinnen. Am einflussreichsten war jedoch die sogenannte „Querdenken“-Bewegung, die ihren Ursprung in der süddeutschen Stadt Stuttgart hatte und sich schnell bundesweit ausbreitete. Sie geriet schon früh in die Kritik, weil sie verschiedene rechtsextreme Akteur\*innen und Gruppen anzog (Teune 2021), darunter die rechtsextreme Partei Alternative für Deutschland (AfD) (Lehmann/Zehnter 2022). Damit kennzeichnen die Corona-Proteste ein Feld, in dem in den letzten Jahren viele neue Protestakteur\*innen entstanden, die sich in großen Teilen durch ihren geringen Institutionalierungsgrad und das Fehlen eines festen organisatorischen Kerns auszeichnen. In mehr als 90 Prozent der Corona-Proteste wurden diese von losen Bündnissen getragen, während eine offizielle Einbindung von Gewerkschaften, Verbänden und Parteien selten waren.

Wie bereits diskutiert, sind Proteste zur Pandemie im Vergleich mit anderen Themen stark dominant. Die Neuartigkeit und Radikalität der Corona-Proteste stellte eine weitere Herausforderung für bestehende Bewegungen dar, da sie sich auch im Wettbewerb um politische, öffentliche und mediale Aufmerksamkeit in einem Konkurrenzverhältnis mit der „Querdenken“-Bewegung sahen. Die Arbeiter\*innen-Bewegungen und soziale

Wohlfahrtsakteure\*innen sahen sich in Gefahr, mit der „Querdenken“-Bewegung assoziiert zu werden, wenn sie gegen die ökonomischen Verluste der Eindämmungsmaßnahmen mobilisieren. Dennoch lässt sich im Jahr 2021 eine relative Normalisierung des Protestgeschehens feststellen: Proteste zu anderen Themen machen einen erheblichen Teil der deutschen Protestlandschaft aus. Die großen Themenfelder, zu denen in Deutschland protestiert wurde, spiegeln die Protestdynamiken vor der Pandemie wider: Umweltthemen und Proteste zum Themenkomplex Migration und Integration machen einen Großteil aller Protestereignisse ohne Corona-Bezug aus.

Wie in den Jahren seit 2018 sind Umweltproteste auch während der Pandemie stark auf den deutschen Straßen vertreten. Nimmt man diese mit dem Themenbereich Mobilität und Infrastruktur, unter den vor allem Proteste zur IAA sowie zum Widerstand gegen Tagebau und Waldrodungen für Autobahnen fallen, machen diese Proteste einen erheblichen Anteil der Proteste ohne Corona-Bezug aus. Obwohl die Aktivist\*innen in diesen Themenfeldern sich, wie andere Protestbewegungen auch, durch das pandemische Geschehen mit Schwierigkeiten in ihrer Mobilisierung konfrontiert sahen, konnten sie dennoch auf vorherigen Erfolge aufbauen. Dies ging oft mit hybriden Protestereignissen und Protesten, die mit den Hygienemaßnahmen vereinbar waren, beispielsweise Fahrrad-Demonstrationen (siehe auch Hunger/Hutter 2021), einher. Auffällig ist auch, dass in diesen Themenfeldern kaum politische Gewalt auftritt. Dennoch bedienten sich die Aktivist\*innen oft konfrontativer Formen, etwa den friedlichen oder konfrontativen Blockaden von Straßen und Brücken, Protest-Camps und symbolischen Protests. In diesem Themenfeld, das bereits seit einigen Jahren große Teile des Straßenprotests in Deutschland ausmacht, finden sich etabliertere Protestbündnisse wie „Fridays For Future“, die in den letzten Jahren bereits institutionalisierte Strukturen aufbauen konnten. Dominante Akteur\*innen im Komplex zu Umweltfragen sind wie in den Jahren zuvor „Fridays For Future“, „Extinction Rebellion“ und „Ende Gelände“, aber auch kleinere Verbände und Organisationen, zum Beispiel „Sand im Getriebe“ und regionale Bürgerinitiativen.

Protest zu Integration, Migration und Rassismus sind nicht zuletzt seit der sogenannten Flüchtlingskrise ein elementarer Bestandteil der deutschen Protestlandschaft. Dabei deckt diese Oberkategorie Mobilisierung von oft progressiven Akteur\*innen als auch der entsprechenden Gegenseite,

oft auch in Form von Widerstand gegen Migration, ab. Ein großer Teil der Demonstrationen entfällt hier auf große Demonstrationen zu „Black Lives Matter“ sowie zu Asylthemen, organisiert von der „Seebrücke“ oder dem Bündnis „Unteilbar“. Dabei bestätigen unsere Ergebnisse bestehende Forschung: Aktivist\*innen aus diesem Bereich griffen oft auf innovativere, hybride Formen zurück und verbanden ihre Forderungen mit der Pandemie, um sich an die neue Situation anzupassen und Aktualität zu signalisieren (Zajak et al. 2021). Der Anteil an gewaltförmigen Protestformen ergibt sich aus Gewalt, die sich gegen Migrant\*innen richtet, wie auch aus islamistischer Gewalt. Besonders im Jahr 2021 beobachten wir, wie eingangs bereits erwähnt, eine intensive Mobilisierung rund um den Nahost-Konflikt. Ausgelöst vom Israel-Gaza-Konflikt im Mai 2021 eskalierten auch Proteste in Deutschland in einem kleinen Zeitfenster von wenigen Tagen und Wochen. Richter et al. (2022, in diesem Band) geht näher auf diese Proteste ein und beleuchtet die Dynamiken im Zusammenhang mit den sozialen Netzwerken wie auch politischen Straftaten in diesem Phänomenbereich.

Die beiden Extreme des politischen Spektrums weisen proportional den größten Anteil an gewaltförmigen Protesten auf. Im linken Bereich des Spektrums fanden die meisten Protestereignisse im Zusammenhang mit Hausbesetzungen in Berlin und Leipzig und dem Verbot der globalisierungskritischen Plattform „Indymedia“ statt. Im Phänomenbereich „Rechtsextremismus“ richteten sich viele der demonstrativen Proteste gegen Rechtsextremismus oder waren dem Gedenken an Opfer rechtsextremer Anschläge gewidmet. Darüber hinaus ist der Themenbereich von gewalttätigen Protesten gekennzeichnet, wie Brandanschlägen, Drohungen sowie Übergriffen gegenüber Einzelpersonen und Gruppen.

#### *Zusammenfassung:*

#### *Re-Mobilisierung und Radikalisierung in deutschen Straßenprotesten*

Unsere Analyse des deutschen Protestgeschehens in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 zeigt zwar einen Einbruch von Protest zu Beginn der Pandemie, dennoch kam es schnell zu einer Re-Mobilisierung in der Protestarena im zweiten Pandemiejahr. Im Jahr 2021 ging diese Erholung der Protestlandschaft im Vergleich zum Vorjahr mit einer Radikalisierung des Aktionsrepertoires einher. Diese Radikalisierung kann zum einem auf die



neu entstandene „Querdenken“-Bewegung zurückgeführt werden. Im Zuge der Anti-Corona-Proteste griff diese Bewegungen zunehmend auf konfrontative und gewaltförmige Proteste zurück, dazu zählen unter anderem zahlreiche Angriffe auf Polizist\*innen und Medienvertreter\*innen am Rande von Demonstrationen. Zum anderen zeigt sich neben dieser Radikalisierung auch, dass Gewalt in den Phänomenbereichen Rechtsradikalismus und Islamismus die Radikalisierungsdynamiken in Deutschland prägten.

Um diesen Radikalisierungstendenzen näher auf den Grund zu gehen, werden im Rahmen des WZB Protestmonitorings weitere Datenerhebungen und Analysen durchgeführt. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Umfragen, die seit Beginn der Pandemie in unregelmäßigen Abständen nach dem Protestverständnis für Corona-Proteste und der Teilnahmebereitschaft an ebendiesen Protesten innerhalb der deutschen Bevölkerung fragt. Die Analyse dieser Datenquellen zeigt ein erhebliches und relativ stabiles Mobilisierungspotenzial in der deutschen Bevölkerung seit Anfang der Pandemie. Gleichzeitig tendiert dieses Mobilisierungspotenzial über Zeit zunehmend „nach rechts“ und es besitzt aufgrund seiner Anfälligkeit für Verschwörungstheorien ein erhebliches Radikalisierungspotenzial (Grande et al. 2021; siehe auch Greipl et al. (2022, in diesem Band)). Darüber hinaus untersuchen wir auf kleinteiliger geografischer Ebene, also auf Ebene der 401 Kreise, inwiefern Corona-Mobilisierung dort stärker ist, wo früher rechtsradikale Akteur\*innen erfolgreich demonstriert haben. Anhand von Protest- und Umfragedaten stellen wir einen Zusammenhang zwischen vergangenen rechtsradikalen Protesten (2005–2020) mit der Teilnahmebereitschaft an Anti-Corona Protesten 2020–2021 fest.

Im folgenden Abschnitt beleuchten wir diese Dynamiken im Hinblick auf ihre medialen Aushandlungen und individuelle Radikalisierungsprozesse näher.

## Debatten und Individuen: Rechtsextremismus und Islamismus im Vergleich

Für Deutschland scheint der Vergleich von Rechtsextremismus und Islamismus im Hinblick auf die ereignisreichen letzten Jahre und die Vielzahl an Gewalttaten und das erhöhte Gefährdungspotenzial durch Akteur\*innen

mit islamistischem oder rechtsextremistischem Hintergrund eine besondere Relevanz zu haben (Kahl et. al 2022; Völker 2022). Islamismus und Rechtsextremismus richten sich gleichermaßen gegen die Werte und Institutionen demokratischer Systeme sowie Modernisierungsprozesse in westlichen Gesellschaften (Fukuyama 2018). Sie teilen bestimmte Feindbilder (beispielsweise Antisemitismus oder Antifeminismus) und Diagnosen gesellschaftlicher Probleme (zum Beispiel die politischen Eliten, das demokratische System oder die liberalen Werte). Um die Ursachen und Auswirkungen dieser Phänomenbereiche und ihr Gefährdungspotenzial besser zu verstehen, vergleichen wir rechtsextremistische und islamistische Radikalisierung aus zwei Perspektiven: aus der Perspektive (1) des diskursiven Kontexts von Radikalisierung und Protest sowie (2) der Radikalisierungsverläufe von Individuen. Erstens setzt sich die Debattenanalyse mit dem Einfluss radikaler Ereignisse und Individuen auf öffentliche Debatten und politischen Konflikt auseinander. Zweitens werden bei der Protestakteur\*innen-Analyse die Profile radikaler Individuen und deren Organisationen und Netzwerke erfasst. Im Folgenden stellen wir exemplarisch Teilbefunde dieser umfangreichen Datenerhebung vor.

#### *Die Resonanz des Terrors:*

##### *Auf rechtsextreme und islamistische Anschläge wird unterschiedlich reagiert*

Was ist der diskursive Kontext von Radikalisierungsdynamiken in Deutschland? Und inwiefern und warum unterscheiden sich die öffentlichen und politischen Reaktionen nach Terroranschlägen? Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen hat die Debattenanalyse systematisch die öffentlichen Debatten erforscht, die auf acht der zentralen politischen Gewalttaten der letzten Jahre folgten. Die Analyse setzt sich mit den politischen und öffentlich sichtbaren Reaktionen nach nationalen und internationalen Terroranschlägen auseinander und vergleicht die Auswirkungen von islamistischer und rechtsextremistischer Gewalt: Im Oktober 2019 erschoss ein Rechtsextremist in Halle zwei Menschen, nachdem er erfolglos versucht hatte, in eine Synagoge einzudringen, und übertrug seine Tat live im Internet. Im Februar 2020 tötete ein Rechtsextremist in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund. Im Oktober desselben Jahres kam es zu einem islamistischen Terroranschlag in Dresden, dem bald weitere in Frankreich und Österreich folgten. All diese Taten zeigen, wie radikale Ideologien

in extreme Formen der Gewalt münden können. Unsere Medienanalyse basiert auf über 1.500 codierten Zeitungsartikeln und 5.143 codierten Sätzen (n = 5.143). Die Zeitungsartikel stammen aus den Tageszeitungen „Die Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“, um die nationale Debatte und unterschiedliche redaktionelle Ausrichtungen (konservativ und liberal) in die Analyse zu integrieren (Teune et al. 2017). Methodisch nutzen wir eine quantitative relationale Inhaltsanalyse und analysieren unter anderem Themen, Akteur\*innen, Forderungen und Beziehungen.

Das Ziel von Terroranschlägen besteht darin, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, Angst zu schüren und somit die öffentliche Meinung zu beeinflussen und das politische System zu destabilisieren (Agerberg/Sohlberg 2021; Jacobs/van Spanje 2021). Terrorismus ist nicht zuletzt eine Kommunikationsmethode. Ohne öffentliche und politische Resonanz in den Medien bleiben sie unsichtbar und können die öffentliche Wahrnehmung und politische Maßnahmen nicht beeinflussen. In diesem Sinne hängt ihr „Erfolg“ nicht zuletzt davon ab, inwieweit sie in der Lage sind, politische und mediale Reaktionen zu provozieren und dadurch ihre Botschaft zu verbreiten. Im Folgenden werden drei Kernbefunde der Debattenanalyse 2021 dargestellt: (1) der Einfluss der Ideologie des\*der Täter\*in, (2) die öffentliche Resonanz von Opfern und Betroffenen und (3) die Verbreitung rechtsextremer Narrative.

Erstens zeigen unsere Analysen, dass die Ideologie des\*der Täter\*in eine Rolle dabei spielt, wie in der deutschen Öffentlichkeit über das Sicherheitsrisiko und die Gefahr von politischer Gewalt und Terroranschlägen berichtet wird. Während nach islamistischen Anschlägen, wie nach dem Anschlag in Dresden oder Wien im Herbst 2020, die generelle Rolle von Muslim\*innen und des Islam als potenziellem Sicherheitsrisiko im Vordergrund stand, wurde nach rechtsextremistisch motivierten Anschlägen wie in Hanau 2020 oder Halle 2019 das Sicherheitsrisiko durch Rechtsextremismus individualisiert und auf den\*die Attentäter\*in als „einsamen Wolf“ reduziert. Im Kontext von islamistischen Anschlägen wurde über die Rechte und die Legitimität der Praktiken und Symbole der Muslim\*innen, ihr Verhältnis zu westlichen Werten und Freiheiten und auch darüber, inwieweit der Islam generell ein Nährboden für Radikalisierung ist, diskutiert. Hier hatte die Debatte in Frankreich über den Konflikt zwischen Religion und Meinungsfreiheit, im Kontext des Mohammed-Karikaturenstreits nach der

Ermordung des Lehrers Samuel Paty, direkte Auswirkungen auf die Debatte in Deutschland. Diese internationale Perspektive auf Gewalt stand im Gegensatz zur national geführten Debatte über die rechtsextremistischen Anschläge. Nach den rechtsextremistischen Anschlägen wurden internationale Zusammenhänge und die Beziehung zwischen politischer Gewalt und der Normalisierung nationalistischer Ideen, Wertvorstellungen und Traditionen im Westen kaum thematisiert. Unsere Befunde zeigen, dass die Ideologie des\*der Täter\*in die Debatte über die Ursachen und politischen Folgen des Ereignisses zu beeinflussen scheint. Diese Darstellung verzerrt den tatsächlichen Radikalisierungs- und Sozialisierungsprozess, da die meisten Rechtsterrorist\*innen die Tat nicht alleine planen, sondern von ihren sozialen Netzwerken abhängig sind (siehe Abschnitt 3.3. Individuen) und sich über die sozialen Medien (siehe Internetmonitoring-Abschnitt zu Studie 2, „Eine plattformübergreifende Analyse rechtsextremer Online-Kommunikation nach Terroranschlägen“) und nationale Grenzen hinweg gegenseitig inspirieren (siehe Richter et al. 2022 in diesem Band).

Zweitens gab es die gleichen Gewinner\*innen und Verlierer\*innen in der Debatte: Betroffene und Opfer der Anschläge, wie ethnische oder religiöse Minderheiten, kamen kaum zu Wort. Sie erlangten weder öffentliche Aufmerksamkeit, um ihre Perspektiven auf diese dramatischen Ereignisse mitzuteilen, noch erhielten sie Unterstützung für ihre Forderungen durch andere öffentlich sichtbare Akteur\*innen. Dieses Muster zeigte sich sowohl nach islamistischen Anschlägen als auch nach rechtsextremistischen Anschlägen: In beiden Fällen stammten weniger als fünf Prozent der Aussagen von Opfern oder Betroffenen, also etwa von Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten. Politiker\*innen und Regierungsvertreter\*innen hatten den größten Anteil an der Debatte und waren durch ihre institutionellen Zugänge in der Lage, den Verlauf der Debatte als Personen des öffentlichen Lebens zu beeinflussen. Dennoch reagierten beispielsweise Politiker\*innen der damaligen Regierungsparteien SPD und CDU nur zu einem sehr geringen Maß auf die Forderungen von Opfern und Betroffenen. In den seltenen Fällen, in denen politische Eliten die Opfer öffentlich erwähnten, wurden diese nicht als Individuen hervorgehoben, sondern waren eher Bestandteil einer „anonymen Masse“.

Drittens bekamen rechte Gruppierungen und Parteien mehr Raum in der öffentlichen Debatte, um ihre Deutungs- und Interpretationsangebote zu

verbreiten. Während nach rechtsextremistischen Anschlägen Opfer und Betroffene wie muslimische Akteur\*innen das Subjekt von einem Prozent der Aussagen waren, erlangten rechte Gruppierungen in 13 Prozent der Fälle mediale Aufmerksamkeit. Politiker\*innen der AfD hatten einen großen Anteil an der politischen Debatte. Die Daten zeigen, dass nach rechtsextremistischen Anschlägen im Verhältnis zu anderen Parteien 29 Prozent der medial verbreiteten parteipolitischen Aussagen von der AfD stammten und sich 61 Prozent der Aussagen auf die AfD bezogen. Die Regierungsparteien SPD und CDU, die die höchste Sichtbarkeit in der medialen Öffentlichkeit einnahmen, verstärkten die Sichtbarkeit der AfD und anderer rechter Gruppierungen, indem sie sich auf deren Aussagen bezogen. Ein Zitat der Fraktionsvorsitzenden der AfD, Alice Weidel, veranschaulicht, wie rechte Akteur\*innen die islamistischen Anschläge mit der Einwanderungspolitik in Europa in Verbindung brachten und Migration problematisierten: „Es müssen alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um islamistische Gefährder und Gewalttäter so schnell wie möglich abzuschieben. [...] Einen pauschalen Abschiebestopp darf es nicht geben“ (Alice Weidel, 26. Oktober 2020, Die Welt). Die ehemaligen Regierungsparteien CDU und SPD reagierten auf derlei Forderungen und verstärkten dadurch deren öffentliche Sichtbarkeit und „Salonfähigkeit“. Die erfolgreiche Instrumentalisierung von Terroranschlägen durch rechte Akteur\*innen deckt sich mit den Ergebnissen anderer Studien, die zeigen, dass rechte Akteur\*innen nach islamistischen Anschlägen erfolgreich als „Bollwerk gegen Multikulturalismus und Islamisierung“ mobilisieren, indem sie Sicherheitsfragen mit dem Islam verknüpfen (Della Porta et al. 2020, 202).

Zusammenfassend zeigt dieser Einblick in unsere empirischen Befunde, dass die politische Interpretation und mediale Darstellung von Radikalisierung und Terrorismus in Deutschland verzerrt ist. Es findet eine auf rechtsextreme Einzeltäter\*innen reduzierte Darstellung im Fall von rechtsextremistischer Gewalt und die Generalisierung der Bedrohung durch den Islam im Kontext von islamistischer Gewalt statt. Öffentliche Reaktionen von Entscheidungsträger\*innen nach Terroranschlägen spielen eine zentrale Rolle für deren Auswirkungen und gesellschaftspolitischen Folgen. Sie beeinflussen die öffentliche Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage und können Auswirkungen auf die Terrorismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention in Deutschland haben. Im Folgenden

wird diese Debattenperspektive durch die Protestakteur\*innen-Analyse ergänzt, die verdeutlicht, dass die gesellschaftliche Sozialisierung in beiden Phänomenbereichen eine zentrale Rolle für die Radikalisierungsverläufe spielt.

*Radikalisierung fängt hauptsächlich bei Freund\*innen und der Familie an*

Bei der Protestakteur\*innen-Analyse werden Profile der Akteur\*innen erhoben, die an den in der Protestereignisanalyse erhobenen Protestereignissen teilgenommen haben. Außerdem werden die Organisationen und Netzwerke erfasst, die bei der Mobilisierung der Protestakteur\*innen eine Rolle spielen. Die zentralen inhaltlichen Fragestellungen der Protestakteur\*innen-Analyse sind: Mit welchen sozialstrukturellen Merkmalen, Lebensverläufen und Gruppenzugehörigkeiten hängen Radikalisierungsprozesse von Akteur\*innen zusammen? Wie und wo radikalisieren sich Protestakteur\*innen? Wie unterscheiden sich Prozesse der islamistischen Radikalisierung von Radikalisierungsprozessen in anderen Phänomenbereichen?

Um diese Fragen zu beantworten, werden biografische und soziodemografische Eigenschaften der islamistischen und rechtsextremistischen Protestakteur\*innen erhoben. Hierzu werden die Biografien der Extremist\*innen anhand des kliometrischen Ansatzes („cliometrics“ auf Englisch), aus öffentlich zugänglichen Quellen wie zum Beispiel Zeitungen, Zeitschriften, Bloginträgen und Reportagen rekonstruiert. Zu den sozioökonomischen Merkmalen zählen der Bildungsstand, der Erwerbsstatus und der soziale Status. Die biografischen Variablen umfassen die religiöse und politische Sozialisierung sowie mögliche Erfahrungen, die das Risiko der Radikalisierung erhöhen, wie Kriminalität, gestörte Familienverhältnisse oder relevante traumatische Erfahrungen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auch dem Kontext der Radikalisierung wie zum Beispiel dem Ort (online wie offline) gewidmet.

Der Datensatz erfasst insgesamt 724 Protestakteur\*innen, die zwischen den Jahren 2000 und 2021 im islamistischen und rechtsextremistischen Spektrum aktiv waren. Im Fokus der folgenden Analyse stehen alle islamistischen und rechtsextremistischen Täter\*innen von tödlicher Gewalt. Wir haben uns auf diese Gruppe von Täter\*innen begrenzt, da die Erhebung



dieser Profile der beiden Phänomenbereiche abgeschlossen ist. Wir haben 54 rechtsextreme Täter\*innen von tödlicher Gewalt identifiziert und die Profile kodiert. Im gleichen Zeitraum konnten wir sechs islamistische Täter\*innen von tödlicher Gewalt in Deutschland identifizieren. Deshalb wurden auch diejenigen Täter\*innen erhoben, die tödliche Gewalt außerhalb von Deutschland ausgeübt haben. Insgesamt wurden 49 islamistische Täter\*innen von tödlicher Gewalt identifiziert und kodiert. Darunter fallen Täter\*innen, die Selbstmordanschläge in Syrien oder im Irak ausgeübt haben, aber auch sogenannte Foreign Fighters, die in Konfliktregionen in tödliche Kampfhandlungen verwickelt waren.

In den Medien, dem öffentlichen Diskurs sowie der akademischen Literatur werden häufig die sozioökonomischen Integrationsdefizite als Erklärung für islamistische Radikalisierung hervorgehoben (zum Beispiel Leiken 2012; Weggemans et al. 2014; Coolsaet 2016). Dabei werden häufig nur die deskriptiven Befunde in Betracht gezogen ohne einen Vergleich mit der relevanten Bezugsgruppe, nämlich junge muslimische Männer, die überdurchschnittlich unter den islamistischen Gewalttäter\*innen repräsentiert sind. Ohne eine relevante Vergleichsgruppe ist es nicht möglich, festzustellen, ob der beobachtete hohe Anteil der Bildungsdefizite lediglich die Trends in der jungen männlichen muslimischen Bevölkerung widerspiegelt oder ob die in der Stichprobe erfassten Täter\*innen tatsächlich überproportional schlecht gebildet sind. Im Folgenden schauen wir auf die Bildungsabschlüsse und die berufliche Qualifikation von Täter\*innen von tödlicher Gewalt und vergleichen diese Werte mit der allgemeinen und muslimischen Bevölkerung in Deutschland.

**Tabelle 1**

Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikation von Täter\*innen tödlicher Gewalt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

	Islamistische Täter*innen	Rechtsextremistische Täter*innen	Bevölkerung ohne MHG	Bevölkerung mit MHG	MHG: Herkunft Türkei	MHG: Herkunft Mittlerer Osten
Kein Bildungsabschluss	6 (19%)	6 (34%)	2%	12%	26%	22%
Haupt-/Realschulabschluss	12 (38%)	8 (50%)	65%	57%	62%	32%
Abitur	14 (44%)	2 (13%)	35%	31%	13%	47%
Keine berufliche Qualifikation	22 (69%)	10 (63%)	12%	40%	64%	55%
Berufliche Qualifikation	10 (31%)	6 (38%)	88%	60%	36%	45%

Anmerkung: Bevölkerungsdaten aus Noll und Weick 2011; MHG = Migrationshintergrund

Tabelle 1 zeigt den höchsten Bildungsabschluss und die berufliche Qualifikation der Täter\*innen. Hier ist deutlich zu erkennen, dass islamistische Täter\*innen nicht unterdurchschnittlich gebildet sind, sondern sie sogar besser als die allgemeine Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder die Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund abschneiden: In der Tat haben fast die Hälfte der islamistischen Täter\*innen Abitur. Im Vergleich haben nur 13 Prozent der rechtsextremistischen Täter\*innen Abitur und somit bleiben sie deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Während circa 20 Prozent der islamistischen Täter\*innen die Schule nicht abgeschlossen hatten, lag dieser Anteil bei rechtsextremen Täter\*innen bei 34 Prozent.

Unter eine „berufliche Qualifikation“ fällt ein Ausbildungsabschluss oder ein Universitätsabschluss. Bei der beruflichen Qualifikation ähneln sich die Anteile der beiden Gruppen. Hier zeichnen sich Defizite im Vergleich zu der allgemeinen Bevölkerung für beide Gruppen ab. Auch verglichen mit der Bevölkerung mit türkischem oder mittel-östlichem Migrationshintergrund sind islamistische Täter\*innen überdurchschnittlich ohne berufliche

Qualifikation. Eine mögliche Erklärung für diese Defizite ist das Durchschnittsalter und der Radikalisierungsprozess der Täter\*innen. Für beide Phänomenbereiche liegt dieser Wert bei 26 Jahren und die meistvertretene Altersgruppe unter den Täter\*innen ist jene zwischen 19 und 25 Jahre (circa 40 %). Dies ist wohl das Alter, in dem Personen ihre berufliche Qualifikation abschließen. Durch ihre Gewalttaten unterbrechen viele Täter\*innen häufig ihre eigene Qualifizierung und bleiben so ohne Abschluss. Ein zusätzlicher Indikator des sozioökonomischen Status der Täter\*innen, den wir uns angeschaut haben, war die Arbeitslosigkeit. Im Gegensatz zu den Bildungsabschlüssen fanden wir keine deutlichen Unterschiede zwischen den beiden Phänomenbereichen. Allerdings deuteten diese Befunde auch darauf hin, dass islamistische Täter\*innen im Vergleich zu der Bevölkerung mit türkischem oder mittel-östlichem Migrationshintergrund nicht überdurchschnittlich arbeitslos waren.

Im nächsten Schritt der Analyse schauen wir uns die Kontexte der Radikalisierung an. Zur Dokumentation des Radikalisierungsprozesses wurden zwei verschiedene Variablen verwendet. Die Variable Einstieg in die Radikalisierung dokumentiert, wo die Person zum ersten Mal mit der radikal-islamistischen Ideologie in Kontakt kam. Einige Personen wurden in einer islamistischen/salafistischen Familie sozialisiert. Andere wurden von ihren Freund\*innen in das radikale Milieu eingeführt. Wieder andere stießen auf radikale Inhalte im Internet. In den meisten Fällen waren diese Informationen in den Quellen verfügbar. In einigen Fällen wurden sie aus den Biografien der Personen abgeleitet. Wenn beispielsweise der Vater eine prominente islamistische Persönlichkeit war, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Person zuerst durch den Vater mit der radikalen Ideologie in Kontakt kam. Da das Ziel darin bestand, den ersten Schritt in die Radikalisierung zu isolieren, konnte diese Variable nur einen einzigen Wert haben. Die Variable Radikalisierungsverlauf dokumentierte Kontexte und Orte, an denen die Radikalisierung weiter fortschritt. So konnte eine Person, nachdem sie von Freund\*innen in ein radikales Milieu eingeführt worden war, noch weiter online radikalisiert werden. Tatsächlich fand der Radikalisierungsprozess vieler Personen in mehreren Umgebungen statt, während sie sich nach und nach stärker mit dem Thema beschäftigten. Daher kann diese Variable mehrere Werte haben.

Unsere Befunde zeigen: Radikalisierung fängt hauptsächlich bei Freund\*innen und Familie an. Bei fast 40 Prozent der islamistischen (elf Fälle) und mehr als 70 Prozent der rechtsextremistischen Täter\*innen (sechs Fälle) fand der Einstieg in die Radikalisierung im Umfeld der Familie oder des Freund\*innen-Kreises statt. Familiäre Bezugspersonen und Freund\*innen sind auch relevant für den weiteren Verlauf der Radikalisierung (circa 60 % der islamistischen und rechtsextremistischen Täter\*innen). Auffällig ist auch die Rolle, die Vereine oder Organisationen bei dem weiteren Verlauf der Radikalisierung spielen. In beiden Phänomenbereichen hatten mehr als die Hälfte der Täter\*innen Verbindungen zu einer oder mehreren Organisationen. Zum Beispiel hatten zehn Täter\*innen der rechtsextremistischen Gewalt Verbindungen zur NPD. Drei hatten Kontakte zu dem Verein „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“, der 2011 verboten wurde. Von den islamistischen Täter\*innen wurden sieben in der al-Quds-Moschee in Hamburg radikalisiert, während zwei andere im Umfeld des Deutsch-Islamischen Zentrums in Solingen radikalisiert wurden. Vier Täter\*innen haben sich auch aktiv an der Koranverteilungsaktion „Lies!“, die vom salafistischen Verein „Die Wahre Religion“ organisiert wurde, beteiligt.

Drei weitere interessante Befunde können hervorgehoben werden. Neun islamistische Täter\*innen (33 %) haben sich im Ausland radikalisiert. Dabei handelt es sich um Täter\*innen, die nach der Ausführung der Tat nach Deutschland kamen und hier verhaftet worden sind. Bei drei rechtsextremistischen Täter\*innen spielten Gefängnisse und bei zwei Täter\*innen der schulische Kontext eine Rolle im weiteren Verlauf der Radikalisierung. Das war auch der Fall für jeweils zwei islamistische Täter\*innen. Online-Radikalisierung hingegen schien eher weniger stark von Bedeutung zu sein (jeweils rund 20 % der Täter\*innen). Das ist ein überraschender Befund, da in der letzten Zeit Online-Radikalisierung sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt worden ist (siehe beispielsweise Roth et al. 2022). Eine mögliche Erklärung, warum das Internet nicht so eine wichtige Rolle zu spielen scheint, ist die Tatsache, dass der digitale Radikalisierungsprozess im „Verborgenen“ stattfindet und für externe Akteur\*innen daher schwieriger zu erkennen und zu dokumentieren ist. Im Gegensatz dazu lassen sich interpersonelle und organisationale Netzwerke leichter von Journalist\*innen recherchieren und dokumentieren als Online-Aktivitäten der Täter\*innen. Da diese Quellen die Datengrundlage

der Protestakteur\*innen-Analyse darstellen, kann der Anteil der Täter\*innen, die sich online radikalisiert haben, in den Ergebnissen leicht unterrepräsentiert sein.

Nach Wiktorowicz (2005) können persönliche Erfahrungen von Verlust und Leid zu einer Identitätskrise führen, die eine kognitive Öffnung fördert. Beispiele für solche kritische Lebenserfahrungen sind der Tod eines Familienmitglieds, persönliches Versagen durch abweichendes Verhalten, wie Drogen- oder Alkoholmissbrauch, oder Viktimisierung durch Kriminalität. In einem ähnlichen Ansatz haben Silber und Bhatt (2007) festgestellt, dass die Hinwendung einer Person zu einer radikalen Ideologie in der Regel eine Reaktion auf eine persönliche Krise ist, die ihre bisherigen Überzeugungen infrage stellt und sie anfälliger für solche Ideen macht (siehe auch soziale Motive und Identifikation mit der Gruppe im Kapitel 4.3. des Beitrags zum Internetmonitoring). Deshalb haben wir in den Biografien von Täter\*innen nach solchen kritischen Lebenserfahrungen geforscht. Wir finden, dass kritische Lebenserfahrungen nicht überdurchschnittlich in den Biografien von Täter\*innen vorkommen. Auffällig ist auch, dass die islamistischen und rechtsextremistischen Täter\*innen sich in dieser Hinsicht nicht stark unterscheiden.

Eine wichtige Einschränkung dieser Analysen sind die fehlenden Werte. Insgesamt war die Datengrundlage für unsere Variablen deutlich besser für islamistische Täter\*innen als für Rechtsextremist\*innen. Zum Beispiel fehlten bei den rechtsextremen Fällen in 85 Prozent der Fälle Informationen bei der Variable Einstieg in die Radikalisierung und in 65 Prozent der Fälle Informationen bei der Variable zum weiteren Verlauf der Radikalisierung. Bei den islamistischen Täter\*innen fehlten deutlich weniger Informationen. Hier konnten wir bei 45 Prozent der Fälle keine Daten bei der Einstiegsvariable und nur bei 14 Prozent der Fälle Daten bei der Variable weiterer Verlauf erheben. Ein ähnliches Bild zeichnete sich bei der Datengrundlage über die Abschlüsse ab. Hier konnten wir keine Informationen über die Abschlüsse von 17 (16 %) Islamist\*innen und 39 (38 %) Rechtsextremist\*innen finden. Das Ungleichgewicht in der medialen Darstellung, die wir bei der Debattenanalyse beobachtet haben, spiegelte sich also auch bei den fehlenden Informationen über die Biografien der rechtsextremistischen Täter\*innen wider.

### *Diskussion und Fazit*

Zusammenfassend verdeutlicht unsere Studie das Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher und individueller Radikalisierung. Für die Erforschung und Prävention von Radikalisierung in Deutschland bedarf es einer umfassenden Analyse der gesellschaftlichen Einbettung und des politischen und diskursiven Kontexts von Extremist\*innen.

Unsere Forschung zeigt, dass öffentliche Debatten für die politische und öffentliche Bewertung des Sicherheitsrisikos und der Terrorismusbekämpfung eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere das ideologische Motiv des\*der Täter\*in beeinflusst, wie auf Terroranschläge reagiert wird. Die Regierung und deren öffentliche Reaktionen bedingen, inwieweit Extremist\*innen ihr Ziel erreichen und ihre Forderungen verbreiten oder die Opferperspektive im Vordergrund steht. Die Tatsache, dass sich die öffentlichen Debatten je nach Phänomenbereich systematisch unterscheiden und Opfer und Betroffene nahezu keine Aufmerksamkeit erhalten, kann die öffentliche Wahrnehmung der Sicherheitsbedrohungen verzerren. Die auf rechtsextreme Einzeltäter\*innen reduzierte Darstellung auf der einen und die Generalisierung der Bedrohung durch die Gruppe der Muslim\*innen auf der anderen Seite kann zu unverhältnismäßigen politischen Initiativen in der Bekämpfung des Terrorismus führen.

Dies weist darauf hin, dass öffentliche Debatten den tatsächlichen Radikalisierungsverlauf und Einflussfaktor verzerrt abbilden. Familiäre und gesellschaftliche Sozialisierung wird im Kontext rechts-extremistischer Gewalt fast nicht diskutiert und die Rolle von Vereinen für den weiteren Radikalisierungsverlauf von Extremist\*innen findet zu wenig Beachtung. Das Ungleichgewicht in der medialen Darstellung, die wir bei der Debattenanalyse beobachten, spiegelt sich auch in den fehlenden Informationen über die Biografien der rechtsextremistischen Täter\*innen wider. Im Vergleich stehen bei islamistischen Täter\*innen deutlich mehr Informationen zur Verfügung. Daher wird sich die Debattenanalyse in Zukunft vertieft mit den diskursiven Zugängen und politischen Auswirkungen von rechtsextremistischen Strömungen auseinandersetzen. Dazu werden zwei Perspektiven verknüpft: erstens wie sich der Einfluss von rechten Akteur\*innen auf öffentliche Debatten und Politik in den letzten Jahrzehnten verändert hat, zweitens wie rechte Akteur\*innen Gewalt



und Protest nutzen, um ihre Botschaften zu verbreiten, auch mit Bezug auf deren internationalen Zusammenhängen, nicht zuletzt im Hinblick auf den verhinderten Anschlag in Essen oder den rassistischen Anschlag in Buffalo im Mai 2022.

Basierend auf den verfügbaren Daten untersuchten wir bei der Protestakteur\*innen-Analyse, ob sozioökonomische Integrationsdefizite zur Radikalisierung beitragen. Im Gegensatz zur bisherigen Radikalisierungsforschung, die häufig auf deskriptiven Befunden ohne jegliche Vergleiche mit der relevanten Bezugsgruppe basieren, haben wir die Bildungsabschlüsse, die beruflichen Qualifikationen und die Arbeitslosigkeitsraten von Täter\*innen von tödlicher Gewalt mit der allgemeinen und muslimischen Bevölkerung in Deutschland verglichen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass, im Vergleich zur muslimischen Bevölkerung, islamistische Täter\*innen nicht unterdurchschnittlich gebildet und nicht disproportional arbeitslos sind. Rechtsextremistische Täter\*innen hingegen schnitten bei den sozioökonomischen Indikatoren sehr schlecht ab. Des Weiteren zeigt die Analyse der Biografien, dass kritische Lebenserfahrungen nicht überdurchschnittlich in den Lebensläufen von Täter\*innen vorkommen. Auffällig ist auch, dass die islamistischen und rechtsextremistischen Täter\*innen sich in dieser Hinsicht nicht stark unterscheiden.

Ein weiterer zentraler Befund der Protestakteur\*innen-Analyse ist, dass die Radikalisierung in beiden Phänomenbereichen hauptsächlich bei Freund\*innen und der Familie anfängt. Persönliche Beziehungen sind für den Einstieg in die Radikalisierung von zentraler Bedeutung. Vereine und Organisationen hingegen spielen bei dem weiteren Verlauf der Radikalisierung eine sehr wichtige Rolle. Deshalb werden wir uns in den nächsten Forschungsschritten stärker die Organisationen und Vereine anschauen und interpersonelle und organisationale Netzwerke untersuchen. Darüber hinaus werden wir die Fallzahl vergrößern, indem wir andere Gruppen von Täter\*innen, wie zum Beispiel Täter\*innen von (nicht tödlicher) Gewalt, in die Analyse aufnehmen.

## Literatur

- Agerberg, M. & Sohlberg, J. (2021). *Personal Proximity and Reactions to Terrorism Comparative*, in: *Political Studies*, 54 (14), 2512–2545.
- Bloem, J. & Salemi, C. (2021). *COVID-19 and Conflict*, in: *World Development*, 140. Abrufbar unter: [https://econpapers.repec.org/article/eeewdevel/v\\_3a140\\_3ay\\_3a2021\\_3ai\\_3ac\\_3as0305750x20304216.html](https://econpapers.repec.org/article/eeewdevel/v_3a140_3ay_3a2021_3ai_3ac_3as0305750x20304216.html) [29.6.2022].
- Borbáth, E., Hunger, S., Hutter, S. & Oana, I. E. (2021). *Civic and Political Engagement during the Multifaceted COVID-19 Crisis*, in: *Swiss Political Science Review*, 27, 311–324.
- Coolsaet, R. (2016). *Facing the Fourth Foreign Fighters Wave. What Drives Europeans to Syria and to IS? Insights from the Belgian Case*. Brussels: Egmont Papers.
- Della Porta, D. et al. (2020). *Discursive turns and critical junctures: debating citizenship after the Charlie Hebdo attacks*. New York, NY: Oxford University Press.
- Earl, J., Martin, A., McCarthy, J. D. & Soule, S. A. (2004). *The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action*, in: *Annual Review of Sociology*, 30 (1), 65–80.
- Fukuyama, f. (2018). *Identity: contemporary identity politics and the struggle for recognition*. London: Profile Books.
- Greipl, S., Hohner, J., Schulze, H. & Rieger, D. (2022). *Radikalisierung im Internet: Ansätze zur Differenzierung, empirische Befunde und Perspektiven zu Online-Gruppendynamiken*, in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Grande, E. & Rieger, D. (Hrsg.). *MOTRA-Monitor 2021*, Wiesbaden, 42–71 .
- Hunger, S. & Hutter, S. (2021). *Fridays for Future in der Corona-Krise: Welche Mobilisierungskraft haben Online-Proteste?*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34 (2), 218–234.
- Hutter, S. (2014). *Protesting Culture and Economics in Western Europe: New Cleavages in Left and Right Politics*. Minneapolis, MI: University of Minnesota Press.
- Grande, E., Hutter, S., Hunger, S. & Kanol, E. (2021). *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. Discussion Paper, ZZ 2021-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Jacobs, L. & van Spanje, J. (2021). *Not All Terror Is Alike: How Right-Wing Extremist and Islamist Terror Threat Affect Anti-immigration Party Support*, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 33 (4), 1–31.
- Kahl, M., Pelzer, R., & Birsl, U. (2022). *Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog*. Verlag Barbara Budrich.
- Koopmans, R. & Rucht, D. (2002). *Protest Event Analysis*, in: Klandermans, B. & Staggenborg, S. (Hrsg.). *Methods of Social Movement Research. Social Movements, Protest, and Contention Vol. 16*, Minneapolis, MI: University of Minnesota Press, 231–259.
- Kowalewski, M. (2021). *Street Protests in Times of COVID-19: Adjusting Tactics and Marching 'as Usual'*, in: *Social Movement Studies*, 20 (6), 758–765.
- Kriesi, H., Lorenzini, J., Wüest, B. & Hausermann, S. (2020). *Contention in Times of Crisis: Recession and Political Protest in Thirty European Countries*. Cambridge University Press.
- Kriesi, H. & Oana, I. (2022). *Protest in Unlikely Times: Dynamics of Collective Mobilization in Europe during the COVID-19 Crisis*. Unpublished manuscript.
- Lehmann, P. & Zehnter, L. (2022). *The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic*, in: *Government and Opposition*, online first, 1–19.

- Leiken, R. S. (2012). *Europe's Angry Muslims: The Revolt of the Second Generation*. New York, NY: Oxford University Press.
- Noll, H.-H., & Weick, S. (2011). *Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert: Indikatoren und Analysen zur Integration von Migranten in Deutschland*, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 46, 1-6.
- Ortiz, D., Myers, D., Walls, E. & Diaz, M.-E. (2005). *Where do we stand with newspaper data?*, in: Mobilization. An International Quarterly, 10 (3), 397-419.
- Pinckney, J. & Rivers, M. (2020). *Sickness or Silence. Social Movement Adaptation to Covid19*, in: Journal of International Affairs, 73 (2), 23-42.
- Pleyers, G. (2020). *The Pandemic Is a Battlefield. Social Movements in the COVID-19 Lockdown*, in: Journal of Civil Society, 16 (4), 295-312.
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). *Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens*, in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Grande, E. & Rieger, D. (Hrsg.). MOTRA-Monitor 2021, Wiesbaden, 222-247.
- Rothut, S., Schulze, H., Hohner, J., Greipl, S. & Rieger, D. (2022). *Radikalisierung im Internet. Ein systematischer Überblick über den Forschungsstand, Wirkungsebenen sowie Implikationen für Wissenschaft und Praxis*. core-nrw. Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen.
- Rucht, D., Hocke, P. & Ohlemacher, T. (1992). *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland* (Prodat) Codebuch.
- Silber, M. D. & Bhatt, A. (2007). *Radicalization in the West: The Homegrown Threat*. The New York City Police Department.
- Teune, S. (2021). *Zusammen statt Nebeneinander. Die Proteste gegen Die Corona-Maßnahmen und die extreme Rechte*, in: Demokratie Gegen Menschenfeindlichkeit, 5 (2), 114-18.
- Teune, S., Sommer, M., & Rucht, D. (2017). *Zwischen Emphase und Aversion: Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung*. ipb working paper.
- Völker, T. (2022). *Terror und Öffentlichkeit. Auf rechtsextreme und islamistische Anschläge wird unterschiedlich reagiert*. WZB-Mitteilungen 2022.
- Weggemans, D., Bakker, E. & Grol, P. (2014). *Who Are They and Why Do They Go? The Radicalisation and Preparatory Processes of Dutch Jihadi Foreign Fighters*, in: Perspectives on Terrorism, 8 (4), 100-110.
- Weidmann, N. B. & Rød, E. G. (2019). *The Internet and Political Protest in Autocracies*. New York, NY, Oxford University Press.
- Wiktorowicz, Q. (2005). *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West*. Lanham, MY: Rowman & Littlefield Publishers.
- Zajak, S., Stjepandić K. & Steinhilper, E. (2021). *Pro-Migrant Protest in Times of COVID-19: Intersectional Boundary Spanning and Hybrid Protest Practices*, in: European Societies, 23 (1), 172-183.
- Zhang, H., & Pan, J. (2019). *CASM: A Deep-Learning Approach for Identifying Collective Action Events with Text and Image Data from Social Media*, in: Sociological Methodology, 49 (1), 1-57.

